

„Stadtjubiläum neun Jahre zu früh gefeiert“

Urkunde aus 1222 belege Stadtgründung nicht eindeutig / Frühester Nachweis sei 1231 / Ein Gastbeitrag zur Identität der Stadt Alsfeld vom Alsfelder Axel Haltenhof

ALSFELD. Wir „feierfreudigen Alsfelder“, wie sie Hans Joachim von Brockhusen in der Festschrift zur 750-Jahr-Feier der Stadt Alsfeld 1972 nannte, jubelten im vergangenen Jahr neun Jahre zu früh. Denn das Fest der Stadtgründung vor 800 Jahren ist erst für das Jahr 2031 zweifelsfrei urkundlich nachweisbar. Wir haben 2022 eine 1922 begonnene Tradition fortgesetzt, die geschichtswissenschaftlich nicht gerechtfertigt ist. Wie konnten wir übersehen, dass die vielzitierte Urkunde vom 13. März 1222 nicht herangezogen werden darf, um die Stadtwerdung Alsfelds zu bezeugen?

Diese Frage verlangt nach einer Antwort, orientiert am Diktum unseres geschichtskundigen Bürgermeisters, wonach die Lokalgeschichte „ebenso wie die große Weltgeschichte einen Anspruch auf Präzision“ hat.

Schauen wir uns die lateinisch geschriebene vermeintliche „Geburtsurkunde“ unserer Stadt genau an. Am 13. März 1222 befasste Wezzilo von Nidda in Begleitung seiner Frau Sophia und der drei Kinder das Grünberger Stadtgericht mit der Beurkundung einer Güterschenkung. Das Gut der Familie in Hörgern sollte der Kirche des Zisterzienserordens in Arnburg übertragen werden. Um dem Vergessen oder einem Rechtsstreit vorzubeugen, wurde eine Urkunde verfasst, mit dem Siegel der Stadt Grünberg versehen und mit der namentlichen Nennung von Zeugen bekräftigt.

Präposition entscheidend

Drei der vor Gericht anwesenden 24 Zeugen, die in der Urkunde abgestuft nach der gesellschaftlichen Bedeutung aufgeführt sind – vom Priester Christian an erster bis zum Schöffe Dittmar an 24. Stelle –, werden in Verbindung mit der Ortsangabe Alsfeld (Adelsfelt) genannt.

DER GASTAUTOR

► Axel Haltenhof ist gebürtiger Alsfelder. Er hat Wirtschaftswissenschaften und Philosophie in Gießen und Saarbrücken studiert. In Saarbrücken verbrachte er zudem auch beruflich einige Jahre – unter anderem an der Uni und bei der Wirtschaftsförderung der Stadt. 2007 initiierte er gemeinsam mit Walter Windisch-Laube die Alsfelder Kulturtage. Seit einigen Jahren beschäftigt er sich zudem intensiv mit der Alsfelder Lokalhistorie.



„Hut ab“, hieß es 2022 in Alsfeld: Ein Jahr voller Feierlichkeiten liegt in der Stadt zurück. Dabei ist die Stadt womöglich noch keine 800 Jahre alt, sagt Axel Haltenhof. Archivfoto: Günther Krämer

Auf Platz 13 und 14 lesen wir „Siboldus et Fridericus filii Siboldi de Adelsfelt“, also Sibold und Friedrich von Alsfeld, die Söhne des Sibold. Dieser Eintrag ist in Bezug auf unsere Fragestellung ohne Belang, da Berufs-, Amts- oder Funktionsbezeichnungen, die auf die Existenz einer Stadt hindeuten könnten, fehlen.

Wichtig ist allerdings der an siebter Stelle erwähnte „Sifridus scabinus de Adelsfelt“. Von Brockhusen, Marburger Historiker und Fachmann für Landesgeschichte, verweist auf die Bedeutung der „lateinischen Wortstellung“: Name, Amt/Funktion, Herkunftsort werden in dieser Reihenfolge genannt. Wir haben es mit einem aus Alsfeld stammenden Siegfried zu tun, der die Funktion eines Schöffen in der Stadt Grünberg ausübt. Die Präposition „de“ bezeichnet die Herkunft Siegfrieds – von beziehungsweise aus Alsfeld stammend. Demgegenüber würde die Präposition „in“ (Sifridus scabinus in Adelsfelt) auf einen Schöffen in der Stadt Alsfeld verweisen. Das Amt des Schöffen oder die Kennzeichnung als Bürger setzen Stadtrechte voraus. Schöffen beziehungsweise Bürger sind Stadtbewohner.

Von Brockhusen fasst sein Urteil, das

er bereits 1962 begründete, wie folgt zusammen: Wenn 1222 ein „Sifridus scabinus de Adelsfelt“ als Urkundenzeuge in Grünberg auftritt, habe man es nach der lateinischen Wortstellung wohl eher mit einem Siegfried aus Alsfeld, zur Zeit Schöffe in Grünberg, zu tun als mit einem Schöffen in Alsfeld selbst. Man könne immerhin ein wenig daran zweifeln, ob das Jubiläumsdatum derart zwingend ist, wie es die feierfrohen Alsfelder selbst gar zu gern begreifen möchten. „Erst 1231 haben wir einwandfrei die Bürger von Alsfeld vor uns.“

Der Historiker Waldemar Küther, Archivar des Klosters Arnburg, bestätigt die Auffassung, dass die 1222-Urkunde kein Beleg für den Stadtcharakter Alsfelds sein könne. Es würden ein Priester Christian und ein Schöffe Siegfried von Alsfeld genannt. Wenn auch die Stellung dieser Zeugen im öffentlichen Leben der Stadt Grünberg nicht ausdrücklich genannt wird, „so ist doch anzunehmen, dass aufgrund der Besiegelung durch die Stadt es sich bei diesen Personen um solche handelt, die mit Grünberg in Verbindung stehen. Das heißt: Der Priester Christian dürfte ein

Grünberger Geistlicher gewesen sein, die folgenden weltlichen Personen Burgmannen und zum Schluss ein Schöffe.“ Die Besiegelung unter der Siegelbezeichnung Secretum lasse in diesen Personen die Mitglieder des Grünberger Stadtgerichtes erkennen.

Gegen Ende seines langjährigen, verdienstvollen Forschens und Schaffens bestätigt der Alsfelder Historiker Herbert Jäkel die Urteile von Brockhusen und Küthers, wenn er 1997 schreibt: „Der städtische Charakter Alsfelds wird erst 1231 bezeugt.“ Und: „Das lange Zeit als ‚Geburtsurkunde‘ der Stadt Alsfeld angesehene Dokument wurde am 13. März 1222 ausgestellt.“ „Sifridus scabinus de Adelsfelt“ und „Siboldus et Fridericus filii Siboldi de Adelsfelt“ gehörten „zu den angesehensten Grünberger Familien und waren Bürger, und zwar in Grünberg – sie stammten lediglich aus Alsfeld.“

In der lokalhistorischen Literatur ist unbestritten, dass die 1231 ausgestellte Urkunde, in der ein Gütertausch zwischen zwei Klöstern festgehalten ist, den Stadtcharakter von Alsfeld im vollen Rechtssinn bestätigt. Als Zeugen treten unter anderem die Alsfelder Bürger

Friedrich und Konrad Kastellan auf. Diese Urkunde ist, nach allem, was wir heute wissen, die eigentliche „Geburtsurkunde“ unserer Stadt.

Die 2012 vom Geschichts- und Museumsverein Alsfeld (GMV) herausgegebene Rathaus-Festschrift vermittelt inhaltlichen Gleichklang mit Jäkel: In den letzten Jahren ihrer Herrschaft, gemeint ist die der thüringischen Landgrafschaft, „wurden 1222 in einer Urkunde erstmals ‚Bürger‘ erwähnt, die aus Alsfeld stammten und in Grünberg Bürgerrechte besaßen.“ Leider hielt die inhaltliche Harmonie nicht lange, denn in der ebenfalls vom GMV herausgegebenen 800-Jahre-Festschrift klingt es konträr: „Als ‚Geburtsurkunde‘ für die Stadt Alsfeld gilt eine Urkunde vom 13. März 1222.“ Ein bis dato unbegründeter Meinungswandel.

Fazit: Wir sollten bis spätestens 2031 Unstimmigkeiten in dieser Frage im Hegelschen Sinne aufheben und orientiert am Bürgermeisterdiktum versuchen, geliebte Alsfelder Tradition und historische Wahrheit zu synchronisieren.

QUELLEN

- von Brockhusen, Hans Joachim: „Um Wappen und Siegel der Stadt Alsfeld“, in: GMV Alsfeld: Festschrift zur 750-Jahr-Feier der Stadt Alsfeld, 1972
- Urkunde vom 13. März 1222. Hessisches Staatsarchiv Darmstadt (zuvor: Fürstlich Solmsisches Archiv in Lich), HStAD Bestand A 14 Nr. 4850
- „Lokalhistorie wird präzisiert. Geschichts- und Museumsverein überarbeitet Informationstafeln an bedeutenden Gebäuden“, OZ, 16.12.2017
- Jäkel, Herbert: „13. März 1222“, in: GMV Alsfeld: Festschrift zur 750-Jahr-Feier der Stadt Alsfeld, 1972
- von Brockhusen, Hans Joachim: „Das älteste Alsfelder Siegel und seine Verwandtschaft“, in: Hessische Heimat, 12. Jahrgang, 1962, Heft 5/6
- Küther, Waldemar: „Grünberg. Geschichte und Gesicht einer Stadt in acht Jahrhunderten“, hrsg. vom Magistrat der Stadt Grünberg, 1972
- Jäkel, Herbert: „Kleine illustrierte Geschichte der Stadt Alsfeld“, Alsfeld 1997, S. 15/16
- Urkunde 1231. Hessisches Staatsarchiv Marburg, HStAM Bestand Urk. 18 Nr. 13
- GMV Alsfeld (Hrsg.): 500 Jahre Rathaus Alsfeld, 1512-2012, 2012
- GMV Alsfeld (Hrsg.): Alsfeld. 800 Jahre Stadtgeschichte. 1222-2022, 2022

„Grünes Schrumpfen“ statt Wachstum

ALSFELD (red). „Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden“, lautet das Thema einer Veranstaltung des Rosa-Luxemburg-Clubs Vogelsberg in Kooperation mit der Volkshochschule des Vogelsbergkreises. Ulrike Herrmann, Autorin und taz-Redakteurin, wird dabei am Donnerstag, 23. März, ab 19.30 Uhr ihr Buch „Das Ende des Kapitalismus“ vorstellen. Die Veranstaltung findet als Hybridveranstaltung statt, Ulrike Herrmann wird online zugeschaltet, man kann bei der VHS Klaggarten 6, Alsfeld persönlich teilnehmen oder sich auch online zuschalten.

Um den Zugangslink für die Online-Teilnahme zu erhalten, wird um Anmeldung mit dem Hinweis Onlineteilnahme per E-Mail an info@rlc-vogelsberg.de gebeten. Demokratie und Wohlstand, ein längeres Leben, mehr Gleichberechtigung und Bildung: Der Kapitalismus hat viel Positives bewirkt, stellt Herrmann in ihrem jüngsten Buch fest. Zugleich ruiniert er jedoch Klima und Umwelt, sodass die Menschheit nun existenziell gefährdet ist. „Grünes Wachstum“ soll die Rettung sein, aber die Wirtschaftsexperten hält dagegen. Verständlich und messerscharf erklärt sie, warum wir stattdessen „grünes Schrumpfen“ brauchen.

Mann für schwierige Aufgaben

Ehemaliger Kanzleramtsminister Helge Braun bei der Senioren-Union Vogelsberg

ALSFELD (ws). Diesmal moderierte nicht ARD-Studiodirektorin Tina Hassel den „Bericht aus Berlin“, sondern Anita Schlorke vom Vogelsberger Kreisvorstand der Senioren-Union. Sie war Gastgeberin einer Diskussionsveranstaltung der CDU-Veteranen im Alsfelder Rambachhaus mit dem heimischen CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Helge Braun, der die monatliche Kaffeerunde über das aktuelle bundespolitische Geschehen informierte. Warum er sich als Kanzleramtsminister in Regierungszeiten und nun in der Opposition als Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Bundestages in Berlin immer die schwierigsten Aufgaben ausgesucht habe, das wusste der Abgeordnete allerdings nicht zu beantworten.

Inflation, Energiepreise, die Mobilität im ländlichen Raum waren Themen einer lebhaften Diskussion. Aber auch der Zustand der Bundeswehr im nordatlantischen Verteidigungsbündnis und die sicherheitspolitische Lage nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine. Es sei richtig, dass die Union in den Vorgängerregierungen den Verteidigungsminister gestellt hätte. Deren Forderungen für den Wehretat seien je-



Helge Braun berichtet bei der Vogelsberger Senioren-Union über die Bundespolitik. Foto: Werner Stoepler

doch vom früheren Finanzminister Olaf Scholz abgezügelt worden. Und unter Kanzler Scholz bleibe der Verteidigungshaushalt bei 50 Milliarden Euro eingefroren, schrumpfte angesichts der hohen Inflationsrate gar real. Zur Erfüllung des Versprechens, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Verteidigung auszugeben, seien 70 Milliarden Euro notwendig.

Von den 100 Milliarden Euro Sondervermögen zur Stärkung der Bundes-

wehr seien gerade einmal 0,6 Prozent investiert worden. Die frühere Verteidigungsministerin Christine Lamprecht (SPD) habe als Ausrede eine langsame Genehmigung im Haushaltsausschuss vorgeschoben, tatsächlich habe der Ausschuss immer Gewehr bei Fuß gestanden, um Mittel freizugeben. Selbst in den Sommerferien seien die Ausschussmitglieder alle für Sondersitzungen erreichbar gewesen, jedoch sei das Angebot kein einziges Mal abgerufen worden. Vom neuen Verteidigungsminister Boris Pistorius habe er einen besseren Eindruck, doch fehle dem Sozialdemokraten der Rückhalt in der Koalition.

Braun forderte, die letzten Atomkraftwerke angesichts der Energiekrise länger laufen zu lassen und nicht nur bis Mitte April. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) lastet der Vorsitzende des Haushaltsausschusses Milliardenverluste bei der Gaseinspeicherung an. Erst habe Deutschland bei seiner Einkaufspolitik die Gaspreise explosionsartig in die Höhe getrieben, anschließend seien die Preise bei vollen Speichern wieder gesunken und nun werde beim Ausspeichern mit hohen Verlusten wieder verkauft.

HIER SCHREIBT DER LESER

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Es besteht kein Anspruch auf Abdruck, ebenso wird keine Haftung übernommen. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. Leserbriefe werden grundsätzlich mit Namen des/der Verfassers/Verfasserin veröffentlicht. Anonyme Leserbriefe finden keine Berücksichtigung.

Was soll das?

Betrifft Artikel über den Neubau am Grabbrunnen „Hätte man einfach nicht genehmigen dürfen“ vom 3. März: Messen mit unterschiedlichen Maßen ist, für uns persönlich, da noch gelinde gesagt. Der Denkmalschutz ist sonst so streng. Da werden einerseits Vorgaben gemacht, mit denen Hausbesitzer an ihre Grenzen kommen. Und hier wird ein Ding in ein gewachsenes Ensemble hineingehängt, da bleibt einem die Spucke weg.

Alleine die Fenster, die sich, laut Denkmalschutz, harmonisch in das örtlich vorhandene Gesamtbild einfügen müssen, sind da ziemlich heftig. Dabei kann es auch nicht helfen, dass das vorherige Gebäude auch größere Fenster hatte. Immerhin war dort ja früher eine Werkstatt, also ein Gewerbebetrieb mit anderen Vorgaben in dem Gebäude. Jetzt soll das Gebäude, wie alle anderen Gebäude am Grabbrunnen, zu Wohnzwecken genutzt werden.

Was soll das?
Heike und Christian Berhorst, Heidelberg